



VERHÄLTNIS UNIVERSITÄT UND LAND		
<i>Sollen Hochschulen in Hessen weiterhin autonom agieren können oder plädieren Sie wieder für eine stärkere staatliche Regulierung?</i>	Die Autonomie, deren gesetzliche und finanzielle Grundlagen wir gelegt haben, hat die Profilbildung der Hochschulen im bundesweiten Wettbewerb deutlich erleichtert. Diese Erfolgsgeschichte werden wir weiter fortsetzen und die Freiheit der Hochschulen nicht durch staatlichen Dirigismus einschränken.	Die SPD steht dazu, den Hochschulen mehr Autonomie zu geben. Dies darf allerdings nicht – wie in den letzten Jahren – dazu führen, dass sich das Land seiner Verantwortung entledigt. Das will die SPD beenden, ohne dadurch zu einer staatlichen Detailregulierung zu kommen. Eine solche Weiterentwicklung wollen wir mit allen Hochschulen diskutieren. Wichtigstes Element hierbei wird die Erstellung eines Hochschulentwicklungsplans sein, der gemeinsam mit den Hochschulen entwickelt werden soll.
<i>Haben sich die autonomen Modelle in Hessen bewährt?</i>	Die Hochschulen in Hessen haben im Wettbewerb um die besten Köpfe Kreativität und Engagement bewiesen. Insbesondere die Stiftungsuniversität Frankfurt und die TU Darmstadt haben Pionierarbeit geleistet. Sie haben den Beleg dafür erbracht, dass sie mit ihrer Autonomie verantwortungsbewusst umgehen können.	Die autonomen Modelle haben ihre Funktionsfähigkeit bewiesen. Allerdings gibt es durch die unterschiedlichen Modelle für die einzelnen Hochschulen unterschiedliche Rahmen- und damit auch Wettbewerbsbedingungen. Das hält die SPD für problematisch. Deswegen wird die ordnungspolitische Rahmensezung neu zu justieren sein. Autonomie und demokratische Verfassung gehören für die SPD unmittelbar zusammen. Dieses Spannungsverhältnis muss gemeinsam immer wieder neu justiert werden.
<i>Sollen Fachhochschulen mehr forschen und das Promotionsrecht erhalten?</i>	Die Fachhochschulen in Hessen sind in Lehre und Forschung hervorragend positioniert. Das Hessische Hochschulgesetz hat ihnen daher die Möglichkeit der kooperativen Promotion in Zusammenarbeit mit einer Universität eröffnet.	Eine verstärkte anwendungsbezogene Forschung an Fachhochschulen ist erwünscht. Sie bietet Vorteile für die Hochschule und die Wissenschaft und zugleich auch für die regionale Wirtschaft. Deswegen will die SPD auch den Wissens- und Technologietransfer stärken. Dazu gehören auch die verbesserten Möglichkeiten zur Promotion an Fachhochschulen, in welcher Form auch immer.
LEHRE		
<i>Gegenwärtig sind in Hessen ca. 56 Prozent eines Altersjahrgangs studierberechtigt. Ist die Quote ausreichend oder noch steigerungsfähig?</i>	Eine Fixierung auf bestimmte Quoten eines Jahrgangs, die eine Studienberechtigung erhalten sollten, lehnen wir ab, da sie nichts über die Qualität der entsprechenden Studienbewerber aussagt. Unabhängig davon liegt Hessen mit seiner Studienberechtigtenquote bereits heute in der Spitzengruppe der Bundesländer.	Die Quote der Studierberechtigten in Deutschland wird weiter steigen – alleine aufgrund der schon heute steigenden Übergangsquoten in studienqualifizierende Bildungsgänge. Die SPD wird diese Entwicklung unter anderem durch die Wiederbelebung des Schüler-BAföG sowie durch eine weitere Öffnung des Hochschulzugangs unterstützen.
<i>Soll der Hochschulzugang offen bleiben?</i>	Mit der Novelle des Hochschulgesetzes 2009 haben wir den Hochschulzugang nochmals verbreitert, indem wir ausdrücklich auf Aufstiegsfortbildungsabschlüsse verweisen, welche dem Meister gleichgestellt sind (z.B. Fachwirte). Auch haben wir die Möglichkeit beibehalten, bei den zulassungsbeschränkten Studiengängen in den ersten zwei Semestern studienbegleitend bestimmte Prüfungen und Leistungsnachweise nachzuholen zu können.	Ja.
<i>Sind für Sie Betreuungsrelationen von gegenwärtig 75 Studierenden pro Professor hinnehmbar? Wenn nein, wie sollen diese verbessert werden?</i>	Eine Verbesserung der Betreuungsrelationen bleibt unser Ziel. Auch deshalb haben wir mit den Hochschulen den Hess. Hochschulpakt bis 2015 geschlossen. Er garantiert ein festes Budget und ermöglicht Zuwächse. Aktuell stehen 1,44 Mrd. Euro zur Verfügung. Dies wird durch zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre wirkungsvoll ergänzt.	Die aktuelle Betreuungsrelation kann so nicht hingenommen werden. Da die Probleme absehbar waren, hat die SPD bereits im Jahr 2010 ein Konzept zum Kapazitätsaufbau an den hessischen Hochschulen vorgelegt. Kern des Konzepts ist (1.) die Fortführung und Verstärkung der Mittel aus dem HSP 2020, (2.) die Verstärkung und Anpassung der QSL-Mittel und (3.) eine weitere Verstärkung der Landesfinanzierung – insbesondere im Bereich der Grundfinanzierung.
FORSCHUNG		
<i>Eine stärker wettbewerbsfinanzierte Forschungsförderung hat zur Sichtbarkeit exzellenter Wissenschaft geführt. Halten Sie an diesem Wettbewerb fest?</i>	Die wettbewerbliche und an transparenten Exzellenzkriterien orientierte Auswahl von Forschungsprojekten in Hessen hat sich bewährt und wird fortgesetzt.	Es ist festzustellen, dass die wettbewerbl. eingeworbenen Finanzierungsanteile zu Lasten der Grundfinanzierung der Hochschulen gestiegen sind. Dies wurde unlängst auch von den Hochschulpräsidenten kritisiert. Diese Entwicklung ist problematisch und muss korrigiert werden.
<i>Soll die landesweite Exzellenzinitiative LOEWE fortgeführt werden?</i>	Das von der CDU-geführten Landesregierung aufgelegte LOEWE-Programm mit seinen drei Förderlinien – Zentren, Schwerpunkte und KMU-Verbundvorhaben – umfasst derzeit die Summe von 410 Mio. Euro bis zum Ende der Legislaturperiode. Dieses auch bundesweit beachtete Programm wird auch in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt.	Ja.
<i>Wie sichern Sie die Nachhaltigkeit exzellenter Forschung, etwa von LOEWE-Zentren oder Exzellenz-Clustern?</i>	Wie auch in der Vergangenheit geschehen, wird im Einzelfall die Fortführung von Clustern bzw. LOEWE-Projekten sorgfältig anhand ihrer Bedeutung und ihrer weiteren Chancen geprüft.	Die durch LOEWE initiierten neuen Einrichtungen sollen gesichert werden. Dies kann auf zwei Wegen erfolgen: Einerseits durch eine Förderung außerhalb der Hochschulbudgets, andererseits durch eine budgetrelevante Eingliederung in die Hochschulfinanzierung. Welche der beiden Wege gewählt werden sollte, muss im Einzelfall entschieden werden.
FINANZIERUNG		
<i>Werden Sie sich für eine auskömmlichere Grundfinanzierung einsetzen? Welche Summe pro Jahr und Studierenden halten Sie für angemessen?</i>	Das hessische Hochschulbudget liegt derzeit bei 1,44 Mrd. Euro, dem höchsten Stand in der Landesgeschichte. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegt Hessen bei seinen Hochschulausgaben an der Spitze der Flächenländer und hat seine Hochschulausgaben seit 2000 um 70 % gesteigert. Wir setzen uns darauf aufbauend weiter für eine bedarfsorientierte Finanzierung ein.	Ja. In einem ersten Schritt wollen wir die Finanzierung pro Studierenden auf den Stand von 2009 heben, um schließlich schrittweise weitere Verbesserungen zu erreichen. Die SPD unterstützt damit die Wahlprüfsteine der Konferenz der hessischen Hochschulpräsidenten vom Januar 2013.
<i>Machen Sie sich für eine Verlängerung der HSP 2020-Mittel stark?</i>	Für den weiteren Ausbau der Kapazitäten um insgesamt 41.000 Studienplätze stehen in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt 383 Mio. Euro zur Verfügung. Da jedoch damit zu rechnen ist, dass die Studentenzahlen auf absehbare Zeit nicht absinken werden, bleibt eine Fortführung des HSP 2020 auf der politischen Tagesordnung.	Ja.
<i>Sollen die Studiengebührenersatzmittel (QSL-Mittel) etatisiert und nach dem Modell Baden-Württembergs dynamisiert werden? Halten Sie die Wiedereinführung von Gebühren für Langzeitstudierende für richtig?</i>	Höhe und Verwendungszweck der sog. „QSL-Mittel“ von 92 Mio. Euro im Jahr sind im Gesetz zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre an hessischen Hochschulen eindeutig festgeschrieben. Sie ergänzen jedoch lediglich die Geldmittel, die über den Hochschulpakt verlässlich festgelegt wurden. Langzeitstudiengebühren sind hierzu nicht erforderlich.	Nein, die Wiedereinführung von Gebühren für Langzeitstudierende halten wir nicht für richtig. Hochschulen stehen Mittel zur Verfügung, Langzeitstudierende anzusprechen und zum Weiterstudium oder der Aufgabe des Studiums zu bewegen – auch mit Zwangsmaßnahmen. Das ist ausreichend. Eine Dynamisierung der QSL-Mittel hält die SPD für sinnvoll – jedoch nicht für die vordringliche Aufgabe. Zunächst muss die Grundfinanzierung verbessert werden.
<i>Planen Sie eine Fortsetzung des HEUREKA-Programms?</i>	Das bereits in der vergangenen Legislaturperiode aufgelegte Bau- und Investitionsprogramm für die hessischen Hochschulen (HEUREKA) mit einem Gesamtvolumen von 3 Mrd. Euro bis 2020 wollen wir konsequent fortsetzen, um ein völlig neues Fundament für die Hochschulstandorte in Hessen zu legen.	Ja, aber HEUREKA muss angepasst werden. Zum einen müssen Anpassungen an den tatsächlichen Bauablauf vorgenommen werden. Dann müssen die Bedarfe aufgrund der deutlich gestiegenen Studierendenzahlen erfasst, quantifiziert und geplant werden. Schließlich müssen die weiteren Abläufe mit den Zielsetzungen des Landeshochschulentwicklungsplans synchronisiert werden (auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen).

FDP



B90/Grüne



Die Linke



Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein zentraler Baustein unserer Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Deshalb begrüßen wir die erreichte Autonomie und wollen sie weiter stärken.	Die Entscheidung, die Hochschulen autonom zu machen, hat sich als richtig erwiesen. Für uns ist aber auch klar, dass die Hochschulen eine öffentliche Aufgabe haben, die sich in der Verwirklichung politisch formulierter Zielvorstellungen wiederfindet. Als Steuerungsinstrument halten wir Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Land jedoch für sinnvoller als einen Autonomierückbau.	Inhalt und Zweck der „Autonomie“ müssen hinterfragt werden. Autonomie im Sinne von Freiheit und Gestaltungsspielräumen ist sinnvoll, die Umsetzung des Autonomieprozesses in Hessen beurteilt DIE LINKE jedoch kritisch. Ein Mehr an Autonomie sollte auf die demokratisch gewählten Strukturen übertragen werden und nicht auf Hochschulräte.
Die Hochschulautonomie und die besonderen Regelungen für die Stiftungsautonomie haben sich bewährt. Deshalb sollte auch in Zukunft mit den Hochschulen Ziele und für die Finanzierung ein Hochschulpakt vereinbart, die konkrete Umsetzung der Ziele aber den hessischen Hochschulen überlassen werden.	Ja. Die besonderen Modelle der Autonomie an der Stiftungsuniversität Frankfurt und der TU Darmstadt haben sich bewährt. Hervorzuheben ist die Bauautonomie, die zu beeindruckenden Ergebnissen geführt hat. Es sollte über die Möglichkeit der Ausweitung dieser Autonomie auch auf andere Hochschulen nachgedacht werden.	Der Autonomieprozess hat vor allem zu einer Stärkung der Präsidien und der Hochschulräte geführt und nicht zu einem Ausbau der demokratischen Strukturen innerhalb der Hochschulen. DIE LINKE hält die Tariffähigkeit für einzelne Hochschulen nicht für sinnvoll und lehnt das Modell der Stiftungsuniversität ab. In Hessen hat sich zudem immer wieder gezeigt, dass es sich größtenteils um eine Scheinautonomie handelt, und die tatsächlichen Entscheidungsspielräume für die Hochschulen auch aufgrund der angespannten Finanzlage sehr eng sind.
Wir stehen zum kooperativen Promotionsrecht und unterstützen Tendenzen innerhalb des Fachhochschulsektors, sich in Richtung von „University of applied sciences“ zu entwickeln. Auch der Bologna-Prozess hat zu Konvergenzen im Hochschulsektor geführt. Die Frage eines Promotionsrechts kann aber erst am Ende einer solchen Entwicklung gestellt werden.	Das hessische Hochschulgesetz weist den Fachhochschulen schon jetzt die Aufgabe der Forschung zu. Wir sprechen uns dafür aus, forschungsstarke Fachbereiche an Fachhochschulen stärker zu fördern, etwa durch Lehrdeputatsverringerungen von Professorinnen und Professoren. Durch ein Promotionskolleg aller Fachhochschulen wollen wir Promotionen an FHs ermöglichen.	Forschung bereichert das Angebot an Fachhochschulen und sollte daher gefördert werden. Eine verstärkte Kooperation zwischen Fachhochschulen und Universitäten, auch die Promotionsmöglichkeiten betreffend, ist wünschenswert.
Die Politik sollte nicht versuchen, Quoten für die eine oder andere Ausbildungsform vorzugeben oder anzustreben. Wir setzen auf Bildungsvielfalt und stellen keinen Abschluss in der gesellschaftlichen Wertschätzung über einen anderen.	Uns ist es wichtig, allen die gleichen Chancen zu geben, eine Studienberechtigung erlangen zu können. Daher ist unser Ziel, in der Schule den Einfluss, den die Herkunft der Eltern eines Schülers oder einer Schülerin hat, zu reduzieren. Eine weitere Zunahme der Schülerinnen und Schüler, die einen studienberechtigenden Abschluss anstreben, ist unserer Meinung nach begrüßens- und förderungswürdig.	Es ist wünschenswert und notwendig, die Studierendenquote zu erhöhen und möglichst vielen Menschen den Zugang zu einer akademischen Ausbildung zu ermöglichen. Bildungsbiografien sind nach wie vor stark von der Herkunft geprägt. Bildungsbarrieren müssen überwunden und Benachteiligungen ausgeglichen werden.
Der Zugang zur Hochschulbildung soll offen bleiben. Jeder junge Mensch, der eine entsprechende Eignung besitzt, soll auch in Zukunft die Möglichkeit besitzen, eine Hochschulausbildung aufzunehmen. Dabei werden wir die Kostenfreiheit für das Erststudium beibehalten.	Wir wollen den Prozess der Öffnung der Hochschulen unterstützen und einen fairen Zugang zu den Hochschulen ermöglichen. Wichtig ist dabei, hervorzuheben, dass es jenseits der formalen Zugangsschranken auch soziale Hindernisse gibt, die Menschen von der Aufnahme eines Studiums abhalten. Bezahlbarer Wohnraum, Vereinbarkeit von Familie und Studium und ein unbürokratischeres BAföG sind daher ebenso wichtig.	DIE LINKE plädiert für eine Öffnung des Hochschulzuganges. Aufgrund steigender Bewerberzahlen und einem Mangel an Studienplätzen gibt es immer mehr Zulassungsbeschränkungen an den hessischen Hochschulen und jährlich werden unzählige Studienbewerberinnen und Studienbewerber abgelehnt. DIE LINKE lehnt Zulassungsbeschränkungen durch NC oder persönliche Bewerbungsgespräche ab. Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Berufswahl. Es ist Aufgabe des Landes, eine ausreichende Anzahl an Studienplätzen zu finanzieren.
Insbesondere durch die Doppeljahrgänge G8/G9 und die Abschaffung der Wehrpflicht hat sich die Studierendenzahl erhöht. Langfristig wird sich die demographische Entwicklung auch auf die Hochschulen auswirken. Bis dahin unterstützen wir die Universität Frankfurt mit zusätzlichem Geld aus dem Hochschulpakt 2020.	Die derzeitige Betreuungsrelation ist äußerst problematisch. Wir wollen, dass die Hochschulen für die Lehre mehr Dauerstellen einrichten. Dafür benötigen sie aber eine Finanzierungsgrundlage, die nicht zu einem so großen Teil wie bisher auf Projektmitteln beruht, sondern verlässlicher und langfristiger ist.	Nein. Eine verlässliche und solide Grundfinanzierung muss den Hochschulen ermöglichen, bedarfsgerecht unbefristete Stellen zu finanzieren. Die zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse sind Folge der chronischen Unterfinanzierung.
Wissenschaftlicher Fortschritt basiert auf dem Wettbewerb um die besten Ideen, um die Veröffentlichungen in den führenden Zeitschriften und um die meisten Drittmittel. Wie zu Recht festgestellt wird, hat der 1999 nach dem Regierungswechsel eingeschlagene Weg zu einer stärker wettbewerbsfinanzierten Forschungsförderung zu einer Sichtbarkeit exzellenter Wissenschaft geführt. An diesem richtigen Weg wollen wir festhalten und mit den Hochschulen die Kriterien schärfen, an denen sich ein fairer Wettbewerb ausrichten kann.	Auf der einen Seite führt der Wettbewerb zu sehr guter Forschung und zur Sichtbarkeit dieser. Auf der anderen Seite ist es auch wichtig, Hochschulen mit guter, aber nicht exzellenter Forschung weiter zu fördern.	DIE LINKE setzt auf Kooperation statt auf Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Es muss vergleichbare Bedingungen an den Hochschulen geben und kein wachsendes Gefälle. Zudem darf die Forschungsförderung nicht abhängig von Drittmitteln aus der Wirtschaft sein.
Mit LOEWE hat Hessen bundesweit eine Marke gesetzt und Hessen nach Zeiten politischer Vernachlässigung von Forschungsexzellenz in der 1990ern an die bundesweite Spitze herangeführt. Den erfolgreichen Weg konsequenter Forschungsförderung wollen wir fortsetzen.	Wir GRÜNE wollen LOEWE so umfangreich wie möglich weiterführen. Wir wollen öffentliche Gelder besonders für die Forschung in den gesellschaftlichen Kernbereichen soziale Gesellschaft, Umsetzung der Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften einsetzen.	(Beide Fragen werden zusammen beantwortet) Exzellenzinitiativen im Allgemeinen und LOEWE im Speziellen forcieren massive finanzielle Ungleichbehandlungen der Universitäten und einzelnen Forschungsbereiche. DIE LINKE lehnt den Schwerpunkt Elitenbildung ab. Nachhaltigkeit erreicht man durch eine langfristige Finanzierung. Kurzfristige Projektförderungen, die sich rein an der ökonomischen Verwertbarkeit orientieren, gefährden kritische Wissenschaften und fördern die zunehmende Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen.
Nachhaltigkeit war und ist Bestandteil der Antragstellung der LOEWE-Zentren bzw. Schwerpunkte. Nicht jeder neue Forschungsansatz wird sich später durchsetzen. Soweit erfolgreich neue Wege beschritten worden, werden die neuen Erkenntnisse in den Wissenschaftsbetrieb eingehen, so wie dies bei DFG-Projekten der Fall ist. Wenn im Einzelfall beim Übergang am Ende der Förderperiode Finanzierungslücken entstehen, werden wir im Dialog mit den Hochschulen nach Lösungen suchen.	Die Forschungsförderung kann nur als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern dauerhaft und nachhaltig gesichert werden. Wir Grüne setzen uns daher für eine Aufhebung des Kooperationsverbots ein.	
Hessen gibt, bezogen auf seine Einwohnerzahl, mehr Geld für den Hochschulbereich als alle anderen Flächenländer. Dies zeigt: Bei der Finanzierung haben Hochschulen für uns Priorität. Gleichzeitig führt die hohe Qualität der Hochschulausbildung in Hessen zu einer großen Attraktivität Hessens als Studienort. Daher hat Hessen die höchste Studierendendichte aller Flächenländer. Wir setzen uns für ein bundesweites Ausgleichssystem nach dem Grundsatz „Geld folgt Student“ ein. Die zusätzlich nach Hessen fließenden Mittel werden wir vollständig den Hochschulen zur Verfügung stellen. Was das Verhältnis zwischen langfristig zugesagten Geldern (i.e.S. Grundfinanzierung) und zeitlich begrenzten, projektbezogenen Mitteln betrifft, sind wir gerne bereit, im Rahmen der Verhandlung des neuen Hochschulpakts nachzusteuern.	Es ist notwendig die Finanzierung der Hochschulen umzustellen und die kurzfristigen Projektmittel für eine planbarere Grundfinanzierung umzuschichten. Die von der schwarz-gelben Landesregierung betriebene Abwärtsspirale bei der Zuweisung pro Studierenden werden wir stoppen und so weit wie möglich umkehren. Aufgrund der äußerst unsoliden Haushaltswirtschaft der derzeitigen Landesregierung und ihrer Auswirkungen auf kommende Landeshaushalte wäre jede Nennung von Summen Spekulation.	Die deutschen Hochschulausgaben liegen unter dem OECD-Durchschnitt. Die hessischen Hochschulen befinden sich zudem aufgrund des Hochschulpakts 2011–2015 in einem Wettbewerb um die zu knappen Mittel. DIE LINKE fordert eine Stärkung der Grundfinanzierung, um Planungssicherheit herzustellen. Die Finanzierung muss am Bedarf festgemacht und regelmäßig angepasst werden.
Wir befürworten die Verlängerung des Hochschulpaktes 2020 solange, wie die Sonderbelastungen durch die doppelten Jahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht anfallen.	Unser Ziel ist es den HSP 2020 weiterzuführen und dauerhaft abzusichern. Eine Mitverantwortung des Bundes ist unbedingt notwendig, wir setzen uns daher seit langem für eine Aufhebung des Kooperationsverbots ein.	DIE LINKE fordert eine Nachverhandlung des Hochschulpakts, da er derzeit unterfinanziert ist. Angesichts steigender Studierendenzahlen ist eine Weiterführung und Erhöhung der Mittel aus dem HSP 2020 nötig.
Wir halten an der Kostenfreiheit des Erststudiums fest. Dies beinhaltet den Masterabschluss sowie einen angemessenen zeitlichen Zuschlag. Darüber hinaus sollten die Hochschulen entscheiden können, ob sie Entgelte für Langzeit- oder Zweitstudenten erheben. Diese sollen vollständig bei den Hochschulen verbleiben. Die QSL-Mittel wollen wir in Höhe von über 90 Mio. Euro pro Jahr beibehalten.	Gebühren, auch für Langzeitstudierende, wird es bei einer grünen Regierungsbeteiligung nicht geben. Eine Etatisierung der QSL-Mittel bedingt unserer Auffassung nach, dass die studentische Mitbestimmung, die bei den QSL-Mitteln besteht, dann auf Teile des Haushaltes übernommen wird. Wir wollen die Situation der Hochschulen verbessern. Ob dies durch eine Dynamisierung der QSL-Mittel oder andere Maßnahmen am besten erreicht werden kann, kann erst nach einem Kassensturz ermittelt werden, da die Haushaltsführung der CDU/FDP Landesregierung höchst unseriös ist.	Die QSL-Mittel müssen dynamisiert und an die Studierendenzahlen angepasst werden. Die Wiedereinführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende lehnt DIE LINKE ab. Dadurch wird die Vereinbarkeit von Studium und Familie erschwert und Studierende, die neben dem Studium arbeiten müssen, werden besonders benachteiligt.
Die Gebäudesubstanz der hessischen Hochschulen zeigte 1999 einen erheblichen Modernisierungstau. Aus diesem Grund hat das Land Hessen bundesweit beachtet das Hochschulbauprogramm HEUREKA ins Leben gerufen. Hiermit konnte in erheblichem Umfang die Gebäudesituation verbessert werden. Soweit noch Sanierungen und Neubauten erforderlich sind, wollen wir diese auch in Zukunft durchführen und das Programm HEUREKA fortsetzen. Unser Ziel ist, die grundlegende Erneuerung der Gebäudesubstanz der Hochschulen fortzusetzen und zu einem Abschluss zu bringen.	Ja. Die Planungen dafür sollten möglichst frühzeitig angegangen werden, um Verzögerungen bei den Bautätigkeiten so gering wie möglich zu halten.	Das Hochschulbauprogramm muss kontinuierlich und bedarfsgerecht fortgesetzt werden. Insbesondere im Bereich der Barrierefreiheit müssen Investitionen getätigt werden. Sanierungsmaßnahmen dürfen nicht über Jahre hinweg verschleppt werden, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Zudem muss stärker auf die regionale Verteilung geachtet werden.